

Wahlreden die Forderungen auch auf den Kaiser von Österreich und Ferdinand von Bulgarien sowie Enver Pascha aus. Churchill und der Lordkanzler fordern, daß Deutschland bis zum letzten Heller zahle, was es je zu leisten vermöge. Letzterer verlangt besonders Erbschaft für die Kaufmänner nach dem Grundsatz: Schiff um Schiff. Churchill teilte mit, es sei kein Vorschlag gemacht, um Helgoland wiederzunehmen. Die Admiraltät halte es für unnötig. Er erklärte mit aller Bestimmtheit, England könne sich keine Beschränkung seiner Rüstungen auflegen lassen, die den Forderungen seiner Verbündeten widerspreche. Bindende Einschränkungen würden die britische Flotte daran hindern, eine wohlverdiente Herrschaft zur See auszuüben.

Englische Forderungen.

Die "Daily Mail" erfaßt: Lloyd George wird heute mitteilen, daß Großbritannien und die Dominions von Deutschland eine Geldentschädigung von 8 Milliarden Pfund Sterling verlangen werden. Diese Zahlung würde eine Herabsetzung der Steuern um 400 Millionen jährlich ermöglichen. Die Forderung wurde von einer Kommission unter dem Vorsitz des australischen Premierministers Hughes aufgestellt.

Die Besetzung der Brückenköpfe.

Kein Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und der neutralen Zone.

Berlin, 6. Dez. Marshall Foch hat gestern der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung übergeben:

Der Lebensmittelverkehr von der von den alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandabkommen vorgesehen ist.

Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden bezüglich der über die Post-, Telegraph- und Telephonverbindungen im Rheinland auszuübenden Kontrolle.

Diese Entscheidung steht mit dem Wortlaut des Waffenstillstandabkommens (Artikel 6 und Artikel 26) in Widerspruch. Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Weg und durch die Waffenstillstandskommission Einspruch hiergegen einlegen.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Die Entente ist, wie man zuverlässig hört, zur Verlängerung des Waffenstillstandvertrages bereit. Das französische Oberkommando hat die deutsche Oberste Heeresleitung um Rennung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstandvertrages ersucht. Die Zusammenkunft könnte am 12. oder 13. Dezember vorzeitig in Trier nach Ansicht des französischen Oberkommandos stattfinden.

Die Jahrgänge 1896—99.

Von vielen Seiten werden beunruhigende Nachrichten über das Festhalten der Jahrgänge 96—99 beim Heere laut. Hierzu teilt das Kriegsministerium folgendes mit: Die Juristische Abteilung der Jahrgänge 96—99 dient lediglich den Bedürfnissen der Übergangszeit. Die Entlassung der Jahrgänge 96—97 ist selbstverständlich und wird sich den übrigen Jahrgängen anschließen. Sie sollen keinen Tag länger gehalten werden, als der Gang der Demobilisierung es erfordert. Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrgangs 96 Anfang Januar begonnen wird und auch die Entlassung des Jahrgangs 97 noch im Januar beginnen kann. Über die Jahrgänge 98 und 99 wird die Regelung dann besind.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 9. Dezember 1918.

*(Stadtverordnetenversammlung. Schluss.) Die Erledigung der Tagesordnung wickelte sich dann wie folgt ab:

1. Bewilligung einer Beihilfe an den Ziegenzuchtvorstand. Die Versammlung bewilligt, wie vom Magistrat vorgeschlagen, 60 Mk.

2. Der städtische Fuhrpark braucht zur Deckung allgemeiner Ausgaben die Summe von 500 Mark, welche bewilligt werden.

3. Die Vergütung für die Rathausreinigung soll von 60 auf 90 Mark monatlich erhöht werden. Stadtr. Nicodemus beantragt eine Erhöhung auf 120 Mark pro Monat, welche nach genügender Begründung durch den Antragsteller genehmigt wird.

4. Nachzahlung von Beiträgen zur Ruhegehaltskasse in Höhe von 312 Mark werden bewilligt.

5. Bewilligung von Umgangskosten. Die Magistratsvorlage fordert 500 Mark für Herren Mittelschultheit Schneider. Wird genehmigt.

6. Erhöhung des Zinszahles für ein Darlehen. Vom 1. Juli 1919 ab soll der Zinszahle für ein Darlehen der Berliner Hypothekenbank A.G. von 4 1/4 auf 5% erhöht werden, andernfalls Rücksicht erüben müsse. Die Versammlung ist mit der Erhöhung einverstanden.

7. Antrag auf Anrechnung von Kriegsjahren. Es handelt sich um die Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenkasse der Kommunalbeamten für den Regierungsbezirk Wiesbaden. Beamte, die durch die Auflösung des Krieges gezwungen sind, zeitig in den Ruhestand zu treten, sollen die Kriegsjahre angerechnet werden, was von der Versammlung als selbstverständlich erachtet wird.

8. Antrag der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. auf künftige Überlassung eines städtischen Grundstückes. Es handelt sich um das Gelände am Gaulstein, welches von der Bahn zur Anlage eines Ausziehgeläufes benutzt werden soll. Pro Ar soll 100 Mark gezahlt werden. Weitere 100 Mark vor Antrittnahme der Arbeiten sollte der Kärtner herren über das abzutretende Gelände. Der Wert der Bäume auf dem abzutretenden Gelände soll durch Herrn Forstmeister Schütt abgeschätzt werden. Nach einigen durch den Herrn Bürgermeister gegebenen Erläuterungen wird die Vorlage genehmigt.

9. Die weitere Einrichtung eines Klassenzimmers in der Mittelschule ist notwendig; erforderliche Kosten 1000 Mark, welche bewilligt werden.

10. Bewilligung der vom Arbeiter- und Soldatenrat liquidierten Kosten. 2910 Mark und 50 Pfennige haben die paar

Lage verschlungen. Das nette Sümmchen wird bewilligt.

11. Weihnachtsbeschaffung. Diese Vorlage ist als Dringlichkeitsantrag eingegangen und als solche anerkannt. Die geforderten 1000 Mark für die alljährlich übliche Weihnachtsschaffung werden bewilligt.

12. Mitteilungen. Für die Fortbildungsschule ist die Mindestunterrichtszeit im Winter auf 6 Stunden verringert festgelegt worden. — Notstandsarbeiten sollen, wenn möglich, ausgeführt werden, um den Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit zu geben. — Um den wiederkehrenden Kriegern den Dank der Stadt auszudrücken, soll ihnen ein Geschenk überreicht werden. — Die Kriegsfürsorge wirkt vorläufig weiter.

Schluss der öffentlichen Sitzung um 10 1/4 Uhr, es folgt noch eine geheime Sitzung.

* Die Aussichten unserer Brotversorgung haben sich in den letzten Tagen dadurch verbessert, daß infolge des frostfreien Wetters die Hackfruchternte teilweise rascher beendet wurde, als erwartet war. Dadurch sind viele Arbeitskräfte frei geworden, sodass die Bemühungen der Reichsgetreide- und der Kommunalverbände Erfolg hatten, daß mehr Getreide als erwartet, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfang aufrecht erhalten wird, werden sich die Eingänge an Brotgetreide derart steigern, daß die Brotversorgung über den 7. Februar hinaus gesichert ist.

* Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich heute früh am Bahnhofsgang zwischen Guntersdorf und Roth. Der um halb 9 Uhr hier ankommende Westerwaldzug fuhr in eine marschierende Kolonne. Ein Fuhrwerk wurde überfahren. Leider wurde hierbei ein Mann getötet und einer schwer verletzt. Weiter wurden die beiden Pferde des Wagens getötet.

Friedberg. Nach Mitteilungen des Kreisamtes will eine größere Anzahl Kriegsgefangener nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren, sondern in Deutschland verbleiben. Die Gemeinden erhielten Anweisung, für diese Leute entsprechende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. (Hoffentlich nicht auf Kosten der deutschen Arbeitslosen.)

Frankfurt a. M. An der Niederröder Schleuse wurde Donnerstag früh die Leiche eines Mannes aus dem Main gefunden, dem der Hals mit einem furchtbaren Schlag von einem Ohr zum andern durchgeschnitten war. Der Tote wurde heute früh als der 32jährige Kaufmann Georg Perrot aus Neu-Isenburg ermittelt. Perrot war bis zum 1. Dezember auf dem Kriegsamt beschäftigt und hatte Launusstrasse 20 eine kleine Wohnung inne. Vor kurzem mietete er im Pariser Hof mehrere Geschäftsräume. Hier ward er Donnerstag zum letztenmal gesehen. Er nahm lebhaft an zahlreichen Versteigerungen von Metallteilen und verkehrte viel in Schleckerkreisen, namentlich mit Automobilfahrern. Die Blutat ist wahrscheinlich am 4. Dezember geschehen. Die Leiche weist außer der furchtbaren Wunde am Hals mehrere Schnittwunden an Kopf und rechter Hand auf, ein Beweis dafür, daß das Opfer sich gewehrt hat. Da dem Toten eine hohe Geldsumme, die Ringe und eine goldene Armbanduhr fehlten, liegt zweifellos Raubmord vor. Über die Leiche war ein Sack gezogen, der aber bei der Bergung des Toten fortgeschwommen. Auch waren dem Ermordeten die Stiefel ausgetragen. Als Täter kommen dem Besunde nach zwei Personen in Betracht.

Die Ermittlungen zur Aufklärung des Raubmordes an dem Kaufmann Perrot brachten bis jetzt folgende Ergebnisse. Dem Ermordeten sind ein Brillantring mit einem 16 mal geschliffenen Brillanten und 2 Saphiren, ein älterer Siegelring mit vierseitigem Stein, eine kostbare Saponette-Uhr mit drei schwer massiv goldenen Sprungdeckeln und eine goldene Armbanduhr mit goldenen Armbändern geraubt worden. Jerner ist bekannt geworden, daß Perrot für 100 000 Mark Wertpapiere in Frankfurter Hypothekenbriefen und Eisenbahnpapieren bei sich führte, die jetzt auch fehlen. Perrot war zuletzt am Sonntag in Neu-Isenburg bei seinen Angehörigen und verabschiedete sich abends nach 8 Uhr von diesen, um mit der Waldbahn nach Frankfurt heinzufahren. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Die Leichenshau ergab, daß eine auf Perrot abgefeuerte Kugel ein Querschläger war, der erst einen harten Gegenstand traf, hier abprallte und dann in den Kopf eintrat, worauf die Täter ihrem Opfer den Hals abschnitten. Die Tat ist wahrscheinlich in der Nähe des Mains schon am Sonntag abend vollbracht worden, vermutlich von zwei Personen. Auf die Ermittlung der Mörder hat der Regierungspräsident in Wiesbaden eine Belohnung bis zu 1000 Mark ausgesetzt. — Perrot verkehrte hauptsächlich in Schleckerkreisen, besonders mit solchen Personen, die mit Autos und Drehbänken Geschäfte machten. Es ist wahrscheinlich, daß die Mörder in diesen Kreisen zu suchen sind.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sed.

Anzeigen.

Waffen und Munition
sowie andere, vom Militär zurückgelassene Gegenstände sind sofort bei der **Ortskommandantur** (Bahnhofstr.) abzugeben.

v. Massenbach,
Rittmeister u. Orts-Kommandant.

Versteigerung
von Militärförderen u.-Fahrzeuge.
Donnerstag, den 12. ds. Wts. findet zu Dillenburg, nachmittags 12 Uhr beginnend, eine Versteigerung von etwa

200 Militärförderen

bei der städtischen Volksschule, Wilhelmstraße und von **Militär-Fahrzeugen**

auf der städtischen Herrenwiese statt. Zahlung von Kriegsanleihen zum Nennwert gestattet.

General-Kommando des 8. Reserve-Korps.

Bei dem künftigen Verkauf von Reichsware in Herborn

sollen auch Verkaufsgeschäfte beteiligt sein, in welchen bisher ein Verkauf nicht erfolgt ist. **Anträge** der in Frage kommenden Geschäfte sind mit Angabe der Warenart an die Kreisbekleidungsstelle zu richten.

Kreisbekleidungsstelle des Dillkreises
in Dillenburg.

Für Wiederverkäufer! Sofort greifbar!

1917er prima Rheinweine

in Fässern und Flaschen
von ersten Weingütern des
Rheines empfohlen

Franz Henrich, Dillenburg. Telefon Nr. 44.

2 tücht. Schreiner (Modellschreiner bevorzugt)

1 Schmied

gesucht.

Berkenhoff & Drebes, Merkenbach.

Tüchtige

Kolzfuhrleute

suchen

Gebrüder Cloos, Wetzlar.

Unterhändler

Schuhmacher

gesucht. Meldungen erbeten an die
Direktion der Erziehungs- und Pflegeanstalt
Scheuern bei Nassau (Lahn).

Junger Kaufmann,

der längere Zeit im Vaterländischen Hilfsdienst tätig war, sucht Stellung in dem Kontor eines Fabrikgeschäfts evtl. auf dem Lande bei freier Station.

Gef. Angebote unter M.
2097 an die Geschäftsstelle
ds. Bl.

Hoher Verdienst

für Hauseier und Detail-
Kaufleute durch Vertrieb von
zukünftigen Artikeln. Interessenten
wollen sich melden unter R. Nr. 2030 an die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Medizinische Baseline

empfiehlt
Drogerie A. Doeind.

Diejenige Person, welche
am Samstag auf dem Rathaus
meinen

Schirm

mitgenommen hat, ist erkannt und wird ersucht,
denselben sofort bei mir abzugeben, andernfalls Anzeige erfolgt.

Frau Pfeifer,
Hinterm Schloß.

Freibank Herborn.

Morgen, Dienstag vor-
mittag 9 Uhr vollwertiges,
markenfreies

Pferdesleisch.

Evang. Kirchenchor.
Dienstag. abend 8 1/2 Uhr:
Gesangsstunde.

Heute verschied hier an Lungenentzündung

der Pfleger

Ferdinand Gabriel aus Herbornseelbach.

Die Anstalt beträut den Verlust dieses
braven und fleißigen Mannes. Sie wird sein
Andenken stets in Ehren halten.

Herborn, den 8. Dezember 1918.

Landes-Heil- und Pflege-Anstalt.

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Petitszeile 20 Pf.
Bezugspreis: Vierteljahr 3,- M.
Poststempelkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 288.

Montag, den 9. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Europafahrt.

Der amerikanische Kongress ist zusammengetreten und vom Präsidenten Wilson mit der üblichen Botschaft begrüßt worden. Während dessen wartete schon im New Yorker Hafen der Dampfer, einer von den vielen unserer Hamburg-Amerikalinie, um den Präsidenten an Bord zu nehmen und ihn in rascher, jetzt völlig ungefährdet Fahrt nach Europa zu bringen. Bald wird er in England und in Frankreich mit ohrenbetäubendem Jubel empfangen werden — während es in seinem eigenen Lande etwas stiller um ihn geworden ist. Die letzten Wahlen haben keine Stellung im Kongress eher geschwächt als befestigt. Die Kriegsbegeisterung des Volkes, künstlich genug zu ihrer echten amerikanischen Höhentemperatur emporgeschüttet, hat wieder ruhiger Befinnung Platz gemacht, und der tiefe, der allzu tiefe Sturz Deutschlands hat wohl auch in der neuen Welt manchen Prediger des Hasses zum Verstummen gebracht. Wie dem auch sei, Herr Wilson besucht seine Bundesgenossen, und wie werden vielleicht auch endlich aus seinem Munde erfahren, wie wir uns eigentlich unsere Zukunft vorgestellt haben nach all den furchtbaren Erfahrungen, die seit den Tagen des Waffenstillstandsvertrages über uns hinweggebracht sind.

Von den berühmten 14 Punkten des Herrn Wilson, auf deren Grundlage wir uns gestellt und die wir schließlich mit Haut und Haren angenommen haben, ist es allerdings in den letzten Wochen ganz still geworden. Völkerbund und Verständigungsfrieden — wo sind sie geblieben? Jetzt hat der Präsident es in seiner Botschaft an den Kongress mit dünnen Worten herausgelegt, daß der Waffenstillstand tatsächlich auf eine vollständige Unterwerfung des Feindes hinausläuft. Ohne mit der Wimper zu zucken, gesteht er hier also offen zu, was er wirklich im Sinne hatte, während wir ihn als Vermittler in Anspruch nahmen. Zu dieser Rolle hätte er sich allerdings nicht gedrängt, mit haben sie ihm vielmehr förmlich aufgezwungen. Aber immerhin verhandelte er doch auch mit seinen Bundesgenossen über die Annahme seiner eigenen Friedensgrundzüge, und erst als deren Zustimmung dazu erreicht war, fanden die Verhandlungen richtig in Fluss. Jetzt aber ist das alles vergessen, abgetan, kein Mensch spricht mehr von Rechts- und Verständigungsfrieden, sondern die schändlichste Vergewaltigung, die sich nur denken läßt, wird uns angehängt, sogar unter flaganter Verleugnung der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, über die die Franzosen namentlich sich Tag für Tag hinwegsetzen, als gäbe es für sie überhaupt keine Grenze mehr ihrer Macht. Unsere Bitten um Wiedergabe der allerhärtesten, schier unerfüllbaren Bedingungen blieben erfolglos, unsere Proteste gegen offensichtliche Willkür der fremden Besatzungstruppen blieben unberachtet. Auf die wiederholten dringlichsten Anträge um sofortige Abnahme eines Vorfriedens ist überhaupt keine Antwort gekommen, genau so wie man das Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober vier Wochen lang hinzog, um in dieser Zeit den inneren Zusammenbruch des Deutschen Reiches bis zur völligen Wehrlosigkeit sich vollenden zu lassen. Diese Geduldung war — leider Gottes — nicht ohne den Wirt gemacht. Nach einem Monat waren wir so weit, daß alle Waffenstillstandsbedingungen angenommen werden mußten, unbedingt so, in Bausch und Bogen. Jetzt geht es um die Friedensbedingungen, und hier wird offensichtlich das gleiche Spiel mit uns getrieben. Wird es doch drüber, im feindlichen Lager, noch als unentdecidet bezeichnet, ob man uns überhaupt zu den eigentlichen Verhandlungen in Paris zulassen oder die einseitig festzulegenden Bedingungen vorzehand zur Annahme oder Ablehnung vorlegen werde, mit dreitägiger Überlegungsfrist bestehend, genau nach dem erfolglosen Beispiel des Marthallsches. Und man muß schon sagen, daß ein solches Verfahren durch unbedachte Auflösungen von unserer Seite geradezu herausgefordert wird. Es erklärte doch der Volksbeauftragte Barth am Sonntag vor dem Plenarsitzung der Frontsoldaten in Ems „laut und deutlich“, daß wir bereit seien, alle Bedingungen anzunehmen, wie sie auch lauten mögen, sie sollten uns nur so schnell wie möglich mitgeteilt werden, damit wir endlich wissen, womit wir zu rechnen und wie wir uns für die Zukunft eingerichtet hätten. Die neuen Herren bei uns legen ja keinen besonderen Wert auf diplomatische Finesse, aber so undiplomatic brauchten sie schließlich doch nicht vorzugehen. Und überdies: je lauter wir schreien, daß unsere Gegner sich nur so recht sehr bequem mögten, desto mehr Heit werden sie sich lassen. Wenn nur wir haben uns immer von unseren Feinden raten lassen, was wir zu tun oder zu lassen hätten, während jeneslug und vorstichtig genug waren, das Gegenteil dessen für richtig zu halten, was ihnen von unseren Rechtsmaßen empfohlen wurde. Und es will uns schwer bedürfen, als wenn sie dabei gar nicht schlecht abgeschnitten hätten.

Herr Wilson kommt in einem Augenblick nach Europa, wo seine Bundesgenossen ihn hier nicht mehr so hoch einschätzen, wie sie es früher notgedrungen tun mußten. Sein Einfluß auf die Neugestaltung der Welt wird sich dementsprechend auch in engen Grenzen halten. Wir sind im Begriff, den Frieden der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu ordnen und zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen — das war so ziemlich alles, was er über seine Rolle beim Friedensschluß dem Kongress zu sagen wußte. Seine beiderdein ausgedrückt im Vergleich zu den so tödlichen Ankündigungen, die er früher immer auf Lager hatte. Für uns wird jedenfalls bei seiner „Ordnung“ und „Organisation“ nichts herauskommen — beginnen wir nur keine allzu großen Hoffnungen.

Die Situation in Berlin.

Berlin, 7. Dez. Die Schuldfrage an den gestrigen Vorfällen im Norden Berlins, die zu den blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern der Spartakusgruppe und verschiedenen Truppen führten, ist bis jetzt noch nicht völlig geklärt. Die Untersuchungen darüber werden fortgesetzt. Bis jetzt liegen so widersprüchliche Berichte vor, daß sich ein genaues Bild nicht gewinnen läßt. Aber soviel steht bereits fest, daß die Regierung an ihnen nicht beteiligt war. Fest steht weiter, daß seit mehreren Tagen in Berlin die Runde umließ, daß eine Machtprobe vom Spartakusbund unmittelbar bevorstehe. Von der „Roten Fahne“ wurde alltäglich den Arbeitern und Soldaten vorgelesen, die Gegenrevolution stehe vor der Tür. Seit gestern ist das Straßenbild, das in den letzten Tagen den Eindruck der Ruhe und Ordnung machte, wieder lebhaft geworden. Zu einem allgemeinen Generalstreik, zu dem für heute Liebknecht und seine Anhänger aufgefordert hatten, ist es bis jetzt noch nicht gekommen. Aber in einzelnen Fabriken ist die Arbeit niedergelegt worden, und es läßt sich nicht übersehen, ob die Bewegung noch weiter um sich greift.

Die Berliner Sonntagshundgebungen.

Berlin, 8. Dez. Die Demonstrationen, die tagsüber in über 20 großen Massenversammlungen aller Parteien in Berlin stattgefunden haben, sind bis zum Abend ruhig verlaufen. Die Mehrheitssozialisten zogen nach ihren Versammlungen nach dem Lustgarten, wo der Volksbeauftragte Ebert sprach.

Im Anschluß an Ebert sprach eine Vertreterin der Frauen aus dem Parteivorstand, erklärte den Wahlkampf für eröffnet und forderte die Frauen zur Arbeit auf. Dann sprach der Leiter des sozialdemokratischen Propagandabüros, Krüger. Er erklärte, daß das Volk sich in seiner großen Masse hinter die Regierung stelle. Von der Regierung sei zu fordern, daß sie mit aller nötigen Energie die Demokratie auch gegen alle Angriffe von links schütze. Man schätzt die Zahl der Demonstranten auf 20- bis 30.000 Menschen.

Zu gleicher Zeit hielten die Unabhängigen unter freiem Himmel stark besuchte Versammlungen ab. Die Massenversammlungen der Liebknechtianer führten nach dem Treptower Park nachmittags rund 10.000 Teilnehmer und Zuhörer. Liebknecht hielt eine Rede, in der er wieder auseinandersezte, die Revolution sei in Gefahr, man müsse das Bürgertum entwaffnen und die Arbeiter bewaffnen, wenn man nicht demnächst wieder Wilhelm II. in Berlin haben wolle. Scheidemann und Ebert hätten selbst zu der geheimen Verschwörung vom Freitag die Pläne gemacht und dabei mitgearbeitet. Sie arbeiteten für die Hohenzollern. Von der Regierung sprach Liebknecht immer nur von Ebert und Scheidemann, die Unabhängigen erwähnte er überhaupt nicht. Die Versammelten zogen hierauf in die innere Stadt. Zwischenfälle waren bis gegen Abend nicht gemeldet.

Der Volksbeauftragte Scheidemann sprach in den Nachstunden des Westens. Er erklärte, das bestinnungslose Treiben der Spartakus-Alije gefährde alle Errungenschaften der Revolution und schließlich die ganze Zukunft des deutschen Volkes. Das Treiben der Münchener Internationalisten sei das Treiben einer gewissenlosen Räuberbande. Die Vorwürfe, daß die Regierung mit verschrankten Armen dem Treiben bewaffneter Banden zusehe, seien nicht ganz unberechtigt. Er erklärte für seine Person, daß er diesen Zustand keine acht Tage mehr mitmache. Diese Erklärung gelte natürlich nur für ihn persönlich und nicht für das Kabinett. Auch Scheidemann verlangte dann den Zusammentritt der Nationalversammlung so rasch wie möglich. Wir brauchten Frieden, Brot und keine Anarchie.

Ein Putschversuch in München.

München, 7. Dez. Infolge der in der letzten Zeit von der hiesigen Presse gegenüber der neuen Regierung eingenommenen Haltung zogen vergangene Nacht nach Schluss der Demonstrationsversammlungen mehrere tausend Soldaten durch die Stadt, besetzten alle Zeitungen und richteten eine Zensur auf. Ministerpräsident Eisner begab sich in Begleitung des Polizeipräsidenten und des Stadtkommandanten in die verschiedenen Redaktionen und beschlagnahmte die willkürlich eingeschaffte Zensur. Auch in die Wohnung des Ministers Auer waren Demonstranten eingedrungen und hatten den Minister unter Drohungen gezwungen, seine Demission zu nehmen. Ministerpräsident Eisner stattete dem Minister Auer ebenfalls einen Besuch ab. Selbstverständlich ist die an Herrn Auer vorgenommene Erpressung nichtig. Im Laufe der Nacht wurden durch republikanische Schutzwachen und Mannschaften des Infanterie-Regiments die Ordnung wiederhergestellt.

Der Ruf nach einem einzigen deutschen Vaterlande.

Jena, 7. Dez. Thüringens Hochschule, von der nach dem Freiheitskriege der Ruf nach einem einzigen deutschen Vaterlande erging, vereinigte sich gestern Abend unter dem Vorsitz des Prorektors, Prof. Dr. Wilh. Rein, im Volkshause mit den Jenaer Arbeitern, Bürgern, Soldaten und Frauen zum einmütigen Bekennnis zur ungeschmälerten Bewahrung der deutschen Reichseinheit. Nur durch treues Zusammenhalten aller deutschen Stämme im Verein mit den österreichischen Brüdern, heißt es in der einmütig beschlossenen Kundgebung, kann und wird der Aufstieg des freien deutschen Reiches zu neuem staatlichen Ansehen und ungehinderten wirtschaftlichen Entwick-

lung gelingen. Diesem einheitlichen Zusammenschluß möge die kommende Nationalversammlung einen sichtbaren Ausdruck verleihen. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland geschlossen.

Protestversammlung gegen die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik.

Eine vom Arbeiterrat Köln einberufene Versammlung erhob schärfsten Protest gegen den Plan bürgerlicher und klerikal-kapitalistischer Kreise, die rheinisch-westfälische Republik auszurufen. In diesem Bestreben, unter dem Schutze der Okkupationsmächte die westdeutschen Provinzen in Gefahr der Loslösung vom Reiche zu bringen, ganz gleich in welcher Form dies geschieht, erblickt die Versammlung einen Verrat an der deutschen Volkseinheit. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die großkapitalistischen Kreise einen selbständigen rheinisch-westfälischen Staat nur erstreben, um sich vor der drohenden Sozialisierung des Produktionsmittel zu schützen. Die klerikal-feudalen Kreise versetzen kirchenpolitische Interessen und fallen dem deutschen Volk in schwerster Not in den Rücken. Die Versammelten erklären, daß nur der großdeutsche demokratisch-sozialistische Einheitsstaat auf der Grundlage des deutschen Sprachgebiets einschließlich Deutsch-Ostpreußens Gewähr dafür bietet, daß das deutsche Volk in seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zur höchsten Stufe emporgehoben werden kann. Jeder Separatismus und Partikularismus wird entschieden abgelehnt. Die Versammelten geloben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die volksfeindlichen Loslösungsbemühungen zu bekämpfen.

Die Deutsche demokratische Partei.

Nassau gegen die Fusion.

Wiesbaden, 7. Dez. Der heutige Landesparteitag der fortschrittlichen Volkspartei für Nassau, der trotz der unmittelbar bevorstehenden feindlichen Besetzung eines großen Teils unseres Bezirks außerordentlich stark besucht war, hat folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Landesparteitag der fortschrittlichen Volkspartei für Nassau begrüßt freudig die Gründung der Deutschen Demokratischen Partei und empfiehlt den volksparteilichen Organisationen in Nassau geschlossenes Aufgehen in der neuen Partei. Ebenso einmütig wendet sich der Parteitag gegen die Aufnahme nationaler oder anderer rechtsstehender Organisationen, weil er der festen Überzeugung ist, daß damit die Werkskraft und die Aktionsfähigkeit unserer Partei gelähmt wird. Keinem, der aufrichtig und überzeugt auf dem Boden der Demokratie steht, soll der Eintritt in die Partei verwehrt sein. In die Leitung der Organisation dürfen aber nur Männer und Frauen gewählt werden, die schon bisher demokratische Grundsätze bestätigt haben."

Das neue deutsche Arbeitsprogramm.

Durchdrungen von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und ein allseitiges, einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt, schlossen sich die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Die Arbeitsgemeinschaft bezwekt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie alle diese betreffenden Gesetzesgebiets- und Verwaltungsangelegenheiten. Die Organe der Arbeitsgemeinschaft sind die Zentralausschüsse und die Fachgruppen, die sich wiederum auf sondersachlicher, bezirklicher oder örtlicher Grundlage in Untergruppen organisieren. Die gesamten Organe werden paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet. Die Aufgabe des Zentralausschusses besteht in Beratung und Regelung aller derjenigen Fragen, die sämtlichen Fachgruppen, also der gesamten Industrie und der gesamten Gewerbe Deutschlands gemeinsam sind, sowie derjenigen Fragen, die aus dem Bereich der einzelnen Fachgruppen hervorgehen. Die gegenwärtige Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft besteht darin, in engem Zusammenarbeiten mit dem Demobilmachungsamt bei allen Fragen der Arbeitsbedingungen, der Arbeits- und Austragsbeschaffung, kurz, bei der Umstellung und Wiederinstandsetzung unserer Industrie und unseres Gewerbes mitzuwirken. Für die Zukunft ist die Gründung der Arbeitsgemeinschaft eine soziale Tat von weittragender Bedeutung. Anfragen, die Arbeitsgemeinschaft betreffend, sind zu richten an das Büro des Zentralausschusses der Arbeitsgemeinschaft, Berlin SW, Askanischer Platz 4.

Die Friedensforderungen unserer Feinde.

Immer mehr Ansprüche.

Amsterdam, 6. Dez. Clemenceau erklärte, die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens auf der Londoner Konferenz seien übereingekommen, die Auslieferung und Aburteilung Wilhelms II. zu verlangen. Eine Neuermeldung über die Haltung der Amerikaner lautet: Die Berater Wilsons dürfen dieser Forderung zustimmen; nach ihnen entspricht sie der Auffassung Wilsons selbst. Mehrere englische Minister, darunter Sir Auckland Geddes und Dr. Addis, dehnen in ihren